

# Fakten und Empfehlungen zur Namensgebung Dr.-Walter-Mecke-Damm

## A. Benennung und bisheriger Diskussionsverlauf

### 1. Wie ist es zur Benennung gekommen?

Am 1. Dezember 1997 wendet sich die Rotenburger Bürgerin Gerda Riese an Bürgermeister Räke und regt an, den Verbindungsweg zwischen Appelhorn und Lindenstraße nach Dr. Walter Mecke (\*08.06.1904 †16.08.1996) zu benennen. Räke antwortet bereits eine Woche später, er sei sich sicher, dass es zu einer Benennung kommen werde. Später gibt es verwaltungsintern Bedenken, den Weg überhaupt bzw. wenn, dann sofort nach Dr. Mecke zu benennen. Zum einen fehle die ordnungsrechtliche Bedeutung für die Zuweisung postalischer Adressen, die bis dahin immer gegeben war, andererseits wurde angeführt, dass etwas mehr Zeit seit dem Todestag vergehen sollte.

In der Folge stellt die Rotenburger SPD-Fraktion am 23.03.1999 unter Bezugnahme auf die Anregung Gerda Rieses einen entsprechenden Ratsantrag. Die Begründung der Fraktion stellt heraus, dass Dr. Mecke sich während seiner langjährigen Tätigkeit im Diakoniekrankenhaus für die Anlage des Dammes eingesetzt habe. Durch die Benennung solle dieser Einsatz sowie das Wirken des noch vielen Rotenburger Bürgerinnen und Bürgern bekannten ehemaligen Leiters des Diakoniekrankenhauses gewürdigt werden und die Erinnerung an einen verdienten Rotenburger Bürger wachgehalten werden.<sup>1</sup>

Am 1. Juli 1999 beschließt der Rat der Stadt Rotenburg die Benennung bei drei Enthaltungen. Die Begründung lautet: „Neben seiner herausragenden beruflichen Tätigkeit hat Dr. Mecke auch im privaten Bereich im öffentlichen Interesse Rotenburgs gewirkt, so z. B. bei der Einrichtung des Verbindungsweges, welchen er – nach Anlegung – selbst täglich mehrmals benutzte“.<sup>2</sup>

Beispiele, inwiefern seine berufliche Tätigkeit im Vergleich zu anderen in Rotenburg tätigen Ärzten herausragend oder sein Wirken über die Anregung zur Befestigung des Weges hinaus im öffentlichen Interesse Rotenburgs gewesen wäre, werden nicht genannt.

Den Sitzungsunterlagen beigelegt ist ein Lebenslauf von Dr. Mecke, den die damalige Geschäftsführung des Diakoniekrankenhauses zur Verfügung gestellt hat. Dieser listet sehr detailliert den Bildungsgang von Dr. Mecke auf und endet mit seiner Berufung zum Leitenden Arzt der Inneren Abteilung des Krankenhauses des Ev.-luth. Diakonissen-Mutterhauses Rotenburg (1937).

Hinweise auf Mitgliedschaften in Parteien, Verbänden oder auf andere Funktionen im NS-Staat sind nicht enthalten und waren dem Rat bei seiner Entscheidung mutmaßlich nicht bekannt.

---

<sup>1</sup> Nach Unterlagen des Mutterhaus-Archives war Dr. Mecke bei Dienstantritt zunächst Leitender Arzt der Inneren Abteilung und wurde 1939 zum Chefarzt berufen. Dokumente, in denen er als „Leiter des Diakoniekrankenhauses“ bezeichnet wird, finden sich im Archiv nicht.

<sup>2</sup> Dr. Mecke wohnte im Hasseler Weg.

## 2. Aufnahme der Diskussion 2016

Die Rotenburger Werke beschäftigen sich bereits in den 1990er Jahren mit ihrer Geschichte im Nationalsozialismus, dieses führt u.a. zu einer Verlegung von drei Stolpersteinen vor dem Haupteingang, mit denen an die drei ermordeten jüdischen Bewohner Senta Storch, Hans Rosenbaum und Max Windmüller erinnert wird.

2006 werden zwei Stolpersteine im Foyer des Diakoniekrankenhauses verlegt, die an Adele Nöbling und Else Warnken erinnern, die beide an den Folgen der Zwangssterilisation gestorben sind.

Der Ev.-luth. Diakonissen-Mutterhaus Rotenburg (Wümme) e. V. beginnt erst ab 2016, sich mit seiner Geschichte im Nationalsozialismus intensiver auseinanderzusetzen. Dabei steht zunächst die Rolle der Vorsteher und hier besonders Pastor Johannes Buhrfeind im Fokus. Konkret geht es um die Frage, ob die Benennung des „Buhrfeindhauses“ geändert werden sollte.

Ein Historiker der Universität Bochum erstellt eine Studie, die neben den Vorstehern auch das Handeln anderer (leitender) Mitarbeiter und ihre Haltung zum Nationalsozialismus beleuchtet.<sup>3</sup> Sie wird 2016 als Buch veröffentlicht und in einer viel beachteten öffentlichen Veranstaltung vorgestellt. In dieser Veranstaltung werden ausführlich die Gründe dargelegt, weshalb das Diakonissen-Mutterhaus am Namen des Buhrfeindhauses festhält. Insbesondere ist es dem Mutterhaus ein Anliegen, die Ambivalenzen im Wirken und in der Person von Buhrfeind erinnerlich zu halten. Dazu gehören neben Verdiensten auch Entscheidungen, die man aus heutiger Sicht kritisch sehen muss. Die Entscheidung für die Beibehaltung des Namens war auch möglich, weil Buhrfeind nachweislich kein Mitglied irgendeiner dem NS-Staat oder der NSDAP nahestehenden Organisation war.

Es wird eine Dauerausstellung zum Thema und die Stiftung eines regelmäßig zu vergebenden Preises, der u. a. Initiativen zur Vergegenwärtigung der NS-Unrechtsgeschichte würdigt, angekündigt.

Im Rahmen dieser Veranstaltung wird vermutlich erstmalig die SA-Mitgliedschaft Meckes seit November 1933 und sein Engagement seit 1934 als SA-Sturmabteilung-Arzt in Göttingen und später in Berlin und dann in Höxter öffentlich bekannt.<sup>4</sup> Dieses gilt auch für seine Mitgliedschaft in der NSDAP und seine Entnazifizierung, die man zu diesem Zeitpunkt als vollständig und problemlos beschreibt.

In der Folge entsteht eine öffentliche Debatte auch über eine mögliche Umbenennung des Mecke-Dammes. Diese Debatte ist dadurch geprägt, dass die Umbenennungsthematiken Buhrfeindhaus und Buhrfeindstraße, Lent-Kaserne und Mecke-Damm in Verbindung gebracht werden.

---

<sup>3</sup> Kaminsky, Uwe: Über Leben in der christlichen Kolonie. Das Diakonissen-Mutterhaus, die Rotenburger Anstalten der Inneren Mission und die Rolle ihrer Vorsteher 1905-1955. Rotenburg (Wümme), Edition Falkenberg 2016.

<sup>4</sup> Vgl. ebd., S. 86; Quelle: Lebenslauf Dr. Meckes vom 27.7.1936 im Archiv Rotenburger Diakonissen-Mutterhaus.

Das Begehren einzelner Ratsmitglieder, den Mecke-Damm umzubenennen, wird schließlich mit einer überwältigenden Rats-Mehrheit abgelehnt. Als Begründung dafür wird u.a. angeführt, dass Dr. Mecke lediglich nominell oder gar gegen seinen Willen Mitglied der SA und später der NSDAP gewesen sei. Dieses würde durch seine eindeutige Entnazifizierung belegt. Zum Zeitpunkt der Debatte waren keine genaueren Inhalte des Entnazifizierungsverfahrens bzw. der beiden Entnazifizierungsverfahren bekannt.

### **3. Erneuter Diskussionsanstoß 2023**

Recherchen im Rahmen der Verleihung des Rotenburger Preises für Erinnerung und Zukunft führen zu weiteren Erkenntnissen über Dr. Mecke in der NS-Zeit und teilweise zu einer anderen Bewertung der bereits bekannten Fakten (Mitgliedschaften SA und NSDAP, Entnazifizierungsverfahren).

Darüber berichtet der Mutterhaus-Vorstand in einer öffentlichen Veranstaltung zur Verleihung des 1. Rotenburger Preises für Erinnerung und Zukunft am 25. April 2023. Es folgt eine Presseberichterstattung.

Unbekannte entfernen kurz darauf eines der offiziellen Straßenschilder, auch darüber berichtet die Presse.

Der Bürgermeister sagt eine Prüfung der neuen Erkenntnisse zur Person von Dr. Mecke zu und beruft dazu eine Arbeitsgruppe mit folgenden Mitgliedern ein:

- Sabine Ulrich, Geschäftsführerin der Rotenburger Werke der Inneren Mission gGmbH
- Lars Wißmann, Theologischer Direktor des AGAPLESION Diakonieklinikum Rotenburg gGmbH
- Matthias Richter, Vorstand Ev.-luth. Diakonissen-Mutterhaus Rotenburg (Wümme) e.V.
- Prof. Dr. Inge Hansen-Schaberg, Vorsitzende des Fördervereins Cohn-Scheune e.V.
- Prof. Dr. Michael Schulte, ehemaliger Ärztlicher Direktor des AGAPLESION Diakonieklinikum Rotenburg gGmbH
- Bernadette Nadermann, 1. Stadträtin der Stadt Rotenburg (Wümme)
- Torsten Oestmann, Bürgermeister der Stadt Rotenburg (Wümme)

## **B. Aktueller Erkenntnisstand: Historische Einordnung von Dr. Mecke in der NS-Zeit**

### **1. Lebenslauf Dr. Walter Mecke, geboren am 8.6.1904 in Wesel**

1922	Aufnahme des Medizinstudiums in Münster, Freiburg und Berlin
1927	Staatsexamen in Berlin
1927/28	Innere Abteilung des Städtischen Krankenhauses Berlin-Reinickendorf
1928-1934	Medizinische Klinik Göttingen
1930	Promotion
1934	Tätigkeit in der 2. Abteilung des Städtischen Rudolf-Virchow-Klinikums Berlin
1935-1937	Niederlassung als Facharzt für Innere Medizin in Höxter (seine Frau stammt aus Holzminden)

1936 Beginn des Bewerbungsverfahrens in Rotenburg

30.3.1937 Dienstantritt in Rotenburg

*Quelle: Lebenslauf vom 27.7.1936 in ARM (Archiv Rotenburger Mutterhaus) 516 und Kaminsky 2016, S. 51, Fußnote 74.*

## **2. Dr. Meckes Mitgliedschaft im „Stahlhelm“**

Im Zuge der öffentlichen Diskussion 2017 wendet sich Dr. Meckes Sohn, Erich Mecke, am 11. September 2017 an den Vorstand des Mutterhauses und an die Presse. Er beschreibt, wie sein Vater in die SA geraten sei, so wie es sein Vater den Söhnen berichtet habe. Erich Mecke gibt an, dass er vieles aus dieser Erzählung bis heute wörtlich wisse.

In einer Versammlung im Ärztecasino in der Universitätsklinik Göttingen sei ein Oberarzt aufgetreten und habe alle Assistenzärzte aufgefordert, bis zum Nachmittag desselbigen Tages müsste jeder in eine politische Organisation eingetreten sein. Daraufhin trat Dr. Mecke dem „Stahlhelm“ bei. Kurze Zeit später sei der „Stahlhelm“ aufgelöst worden, die unter 35-jährigen Mitglieder wurden in die SA überführt. Nach Erich Meckes Aussage geschah dieses 1933/34.

*Quelle: Brief von Erich Mecke, 11.9.2017, ARM 516.*

### **Stahlhelm**

Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten war ein Wehrverband zur Zeit der Weimarer Republik, der kurz nach Ende des Ersten Weltkrieges am 25. Dezember 1918 von dem Reserveoffizier Franz Seldte in Magdeburg gegründet wurde. Die Organisation galt als der demokratiefeindlichen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) nahestehend und stellte bei deren Parteiversammlungen vielfach den bewaffneten Saalschutz.

Er verstand sich als Opposition zum politischen System der Weimarer Republik. Im Stahlhelm herrschte eine Weltanschauung vor, die sich stark an der Kaiserzeit orientierte. Ehemaligen Frontsoldaten jüdischen Glaubens wurde die Mitgliedschaft verwehrt. In eigenen Untergliederungen wurden ab 1924 interessierte Heranwachsende und ältere frontunerfahrene Männer militärisch ausgebildet. Die Mitglieder und ihre Führer sahen sich selbst als Personalreserve für die durch den Friedensvertrag von Versailles zahlenmäßig auf 100.000 Mann beschränkte Reichswehr. Der Stahlhelm war nach dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold der zweitstärkste paramilitärische Verband der Weimarer Republik.

Obwohl sich der Stahlhelm offiziell als überparteilich darstellte, trat er seit 1928 offen als republik- und demokratiefeindlich und auch als antisemitisch und rassistisch in Erscheinung. Ziele waren die Errichtung einer Autokratie in Deutschland, die Vorbereitung eines Revanchekrieges und die Errichtung eines antiparlamentarischen Ständestaates. Gegen Ende der Weimarer Republik bezeichneten sich die Stahlhelm-Mitglieder selbst in Abgrenzung zur NSDAP auch als die „deutschen Faschisten“. Zu weiteren Grundforderungen gehörten die Schaffung eines „völkisch großdeutschen Reiches“, die Bekämpfung der Sozialdemokratie sowie des „Händlergeistes des Judentums“ und der demokratisch-liberalen Weltanschauung und eine Politik für Lebensraum im Osten.

Nachdem Seldte am 27. April 1933 erklärt hatte, dass er sich und den Stahlhelm als „geschlossene soldatische Einheit dem Führer“ unterstelle, erfolgte in den Jahren 1933/34 die Unterstellung des Stahlhelms, seiner Nebenorganisationen und aller übrigen militaristischen

Organisationen unter die SA. Die unter 35-jährigen Mitglieder, rund 314.000, übernahm ab Juli 1933 die SA direkt als „Wehrstahlhelm“.

Quelle: Wikipedia

In den Archiven gibt es sonst keinen Hinweis auf eine Mitgliedschaft Dr. Meckes im Stahlhelm.

Die Erinnerung von Erich Mecke hinsichtlich der Datierung müsste vor dem Hintergrund der Historie so verstanden werden, dass Dr. Mecke zu Beginn des Jahres 1933 in den Stahlhelm eingetreten sei, weil bereits ab Mai 1933 die Überführung in die SA stattfand.

### 3. Dr. Meckes Mitgliedschaft in der SA

Die Mitgliedschaft von Dr. Mecke in der SA wird von ihm selbst in einem für die Bewerbung in Rotenburg verfassten Lebenslauf am 27.7.1936 beschrieben.

Dort notiert er: „Im November 1933 trat ich in die SA ein ...“. Im weiteren Verlauf listet er detailliert seine Einsatzorte als SA-Sturmabteil auf. Diese Mitgliedschaft gibt er auch in beiden Entnazifizierungsverfahren an.

Quelle: Lebenslauf Dr. Mecke vom 27.7.1936, ARM 516.

Die Selbstbeschreibung von Dr. Mecke, dass er im November 1933 in die SA eingetreten sei, unterscheidet sich deutlich von der Darstellung seines Sohnes, der von einer „Überleitung“ aus dem Stahlhelm ausgeht, wie es historisch richtig ist.

### 4. Dr. Meckes Mitgliedschaft in der NSDAP

Laut Mitgliederkartei wurde Dr. Mecke zum 1. Mai 1937 in die NSDAP aufgenommen. Strittig ist das Datum seines Aufnahmeantrages. Im Bundesarchiv in Berlin ist dafür auf seiner Mitgliedskarte der 23. Mai 1937 vermerkt.



## NSDAP-Mitgliederkartei

NSDAP-Gaukartei | BArch R 9361-IX KARTEI / 28030319

Name: <b>Mecke</b>	Walter, Dr. med.	Wohnung: <b>R., Harburgerstr. 1a</b>
Beruf: <b>Arzt</b>	Geburtsort: <b>Wesel</b>	Ortsgr.: <b>Rotenburg</b> Gau: <b>Osthann.</b>
Geb.-Datum: <b>8.6.05</b>	Geb.-Ort: <b>Wesel</b>	Monatsmch. Gau: ..... St. .... St. ....
Nr.: <b>5184222</b>	Aufn.: <b>1. 5. 37</b>	St. St. / ..... vom .....
Wahnahme beantragt am: <b>23.5.37</b>	gesthm.: .....	Wohnung: .....
Wiedereinb. beantragt am: .....	gesthm.: .....	Ortsgr.: ..... Gau: .....
Mitglied: .....	.....	Monatsmch. Gau: ..... St. .... St. ....
Geschäft: .....	.....	St. St. / ..... vom .....
Ausstoß: .....	.....	Wohnung: .....
Aufgehoben: .....	.....	Ortsgr.: ..... Gau: .....
Geführten wegen: .....	.....	Monatsmch. Gau: ..... St. .... St. ....
Zurückgenommen: .....	.....	St. St. / ..... vom .....
Ausgang zur Wehrmacht: .....	.....	Wohnung: .....
Gestorben: .....	.....	Ortsgr.: ..... Gau: .....
Bemerkungen: .....	.....	Monatsmch. Gau: ..... St. .... St. ....
		St. St. / ..... vom .....

### **Aufnahmesperre der NSDAP**

Am 1. Mai 1933 trat eine umfassende Aufnahmesperre der NSDAP in Kraft (veröffentlicht im Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP vom 30. April 1933). Sie galt jedoch nicht uneingeschränkt. Ausgenommen von der Verordnung waren „Angehörige der Hitler-Jugend, welche das 18. Lebensjahr vollenden, Angehörige der NSBO und alle jene, welche Dienste in der SA oder SS leisten.“ Ihnen wurde somit weiterhin der Eintritt in die Partei ermöglicht. In der Folgezeit gab es, neben den bestehenden Sonderregelungen, weitere Lockerungen bezüglich des von den Anordnungen ausgenommenen Personenkreises. So ordnete Reichsschatzmeister Schwarz 1937 mit der Anordnung 3/37 zunächst die Möglichkeit der Aufnahme der alten NSBO- und NS-HAGO-Mitglieder (Nationalsozialistische Handels- und Gewerbeorganisation) in die NSDAP an, um dann am 20. April 1937 mit der Anordnung 18/37 der Reichsleitung die größte Revision der Mitgliederaufnahmesperre zu vollziehen. Infolgedessen wurde es zum 1. Mai 1937 vor allem wieder denjenigen Bürgern ermöglicht, der NSDAP beizutreten, die sich seit der Machtübernahme der NSDAP in den Gliederungen und angeschlossenen Verbänden der Partei als Nationalsozialisten bewährt hatten. Die vollständige Aufhebung der Mitgliederaufnahmesperre trat erst mit der Anordnung 34/39 vom 10. Mai 1939 rückwirkend zum 1. Mai 1939 in Kraft.

*Quelle: Wikipedia.*

Durch seine Aufnahme in die NSDAP zum 1. Mai 1937 gehört Dr. Mecke zu den Menschen, die im Zuge der ersten größeren Lockerung der Aufnahmesperre aufgenommen wurden. Demnach zielte diese Lockerung besonders auf Menschen, die sich zuvor seit der Machtübernahme in den Gliederungen und angeschlossenen Verbänden der Partei als Nationalsozialisten bewährt hatten.

Tatsächlich erfüllt Dr. Mecke dieses Kriterium, da er neben seiner Zugehörigkeit zur SA seit 1934 Mitglied der NSV und seit 1935 des NSD-Ärztebundes ist.

Vor diesem Hintergrund ist für den Aufnahmeantrag der 23. Mai eines Vorjahres (1934, 1935 oder 1936) anzunehmen, d.h. in jedem Fall ein Termin vor Beginn des Bewerbungsverfahrens in Rotenburg.

### **5. Dr. Meckes Bereitschaft zur Mitwirkung an Sterilisationsgutachten von Schutzbefohlenen in den „Rotenburger Anstalten“**

Im Vorfeld seiner Anstellung im Diakonissen-Krankenhaus (Mitte 1937) besprechen Dr. Mecke und Buhrfeind zu Beginn eben dieses Jahres (Brief vom 12.01.1937) den Fall einer scheiternden kassenärztlichen Zulassung in Rotenburg. Um Dr. Mecke eventuelle Unklarheiten zu Gehalt und Einkommensverhältnissen zu ersparen, bietet Buhrfeind ihm eine Abteilung der Heil- und Pflegeanstalt an. Dr. Mecke brauche nur täglich einmal kurz durchzugehen und die vorliegenden Erkrankungsfälle anzusehen. Er müsse alle drei Monate die Krankengeschichten diktieren und eventuelle Sterilisationsgutachten vorbereiten bzw. abgeben.

„Um Ihnen am Anfang Ihrer hiesigen Tätigkeit das Einleben zu erleichtern und das Einkommen zu erhöhen, bin ich bereit, nach Rücksprache mit unserem leitenden Arzt in der Heil- und Pflegeanstalt, Ihnen auf Ihren Wunsch eine Abteilung der Heil- und Pflegeanstalt zu übertragen, für die Sie eine monatliche Renumeration von 200 RM erhalten. Wächst nachher Ihre Praxis und Sie finden nicht mehr die Zeit für diese Arbeit, so können Sie diese Tätigkeit jederzeit nach vorheriger Kündigung, damit wir einen Ersatz bekommen, niederlegen. Ich glaube aber, daß Ihnen für den Anfang wenigstens, vielleicht für längere Zeit, damit gedient sein wird. Sie brauchen nur täglich einmal kurz durchzugehen und die vorliegenden Erkrankungsfälle anzusehen, die in der Regel gering sind. Dafür müßten Sie alle 3 Monate die Krankengeschichten diktieren und eventuelle Sterilisationsgutachten vorbereiten bzw. abgeben.“

*Quelle: ARM 516.*

In seinem Antwortschreiben vom 17.01.1937 bekundet Dr. Mecke, der Brief sei ihm eine große Freude gewesen. Er bedankt sich für die angebotene Übertragung einer Abteilung der Heil- und Pflegeanstalt und die Gehaltszusage, stimmt dadurch auch indirekt den damit verbundenen Arbeitsaufträgen zu.

„Ihr Brief war meiner Frau und mir eine sehr große Freude. [...] Nach dem, was Sie schreiben, habe ich keine Bedenken, mich auch ohne RVO-Kassen in Rotenburg niederzulassen, die großzügige Regelung, die Sie in Aussicht nehmen, stellt ja einen hinreichenden Ersatz dar. Besonders danken muss ich Ihnen noch dafür, dass Sie mir eine Abteilung der Heil- und Pflege-Anstalt übertragen wollen. Diese feste Einnahme ist für uns eine große Beruhigung [...].“

*Quelle: ARM 516.*

Ein Arbeitsvertrag aus dem Jahr 1937 liegt in den Archiven nicht vor – oder er wurde bislang nicht aufgefunden. Der jüngste vorzufindende Arbeitsvertrag von Dr. Mecke ist datiert auf den 27.07.1939.

Darin ist festgehalten:

- Gehalt nach der Reichsbesoldungsordnung A Gruppe 2b
- Pensions- und Hinterbliebenenbezüge nach Maßgabe der staatlichen Grundsätze

Dr. Mecke ist nun zugelassener Facharzt für Innere Krankheiten.

Aus dem Jahr 1937 liegt lediglich ein Protokollauszug vom 17.08.1937 vor: „Nach eingehender Besprechung wird Herr Dr. Mecke als Krankenhausarzt für innere Fälle nach der Reichsbesoldungsordnung Gruppe 2b Stufe 3 eingruppiert.“

*Quelle: ARM 516.*

Dass Ärzte des Diakonissen-Krankenhauses jedoch auch Arbeitsfelder in den benachbarten Anstalten hatten, war keine Seltenheit und ob der damaligen Personalunion auch nachvollziehbar. Dr. Meckes Vorgänger am Krankenhaus, Chefarzt und Chirurg Dr. Roters, sowie Internist Dr. Krucke waren auch Abteilungsärzte innerhalb der Anstalten. Dr. Roters war im Bereich der Lindenstraße beschäftigt, Dr. Krucke im Bereich des Kalandshofes.

Nicht belegt ist derzeit, dass Dr. Mecke tatsächlich eine Abteilung in den Anstalten übernommen und Sterilisationsgutachten vorgenommen hat, wenngleich es wegen der beschriebenen Personalunionen sehr wahrscheinlich ist. Dass Akten der Anstaltsbewohner um 1937/1938, die ein Sterilisationsgutachten, unterzeichnet mit Dr. Mecke, enthalten, bislang nicht aufzufinden sind, ist aufgrund des begrenzten Archivbestandes nicht verwunderlich.

Unstrittig ist, dass Dr. Mecke das ihm unterbreitete Angebot, 200,- RM im Monat hinzuzuverdienen, freudig begrüßte, sich damit also auch bereit erklärte, Sterilisationsgutachten von Menschen mit Behinderung zu erstellen.

## **6. Dr. Meckes Mitgliedschaft in der NSV (1934-1945)**

Ab 1934 gehört Dr. Mecke der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt an.

### **Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (abgekürzt NSV)**

Trägerin der Wohlfahrtspolitik im NS-Regime war die zunächst als lokaler Selbsthilfeverein 18. April 1932 in Berlin gegründete NS-Volkswohlfahrt (NSV). Mit ihren ständig expandierenden Wohlfahrtseinrichtungen, Gesundheitsprogrammen und sozialfürsorgerischen Initiativen trug die NSV wesentlich zur propagandistischen Selbstdarstellung des NS-Regimes bei.

Die Wohlfahrtspflege der NSDAP diente in erster Linie nicht der Fürsorge für den einzelnen, sondern der Stärkung der rassistisch definierten Volksgemeinschaft. Zumeist ergänzten weltanschauliche und rassehygienische Belehrungen die NSV-Schulungen oder ambulanten Beratungen. Keinen Raum nahm die Fürsorge für Juden ein. Sie fielen ebenso durch das soziale Netz wie Alkoholiker, entlassene Sträflinge und "Asoziale", die als „Hoffnungslose Fälle“ keinen Wert für das von den Nationalsozialisten propagierte „gesunde Volk“ besaßen. Zehntausende als erbbiologisch minderwertig diffamierte Behinderte fielen als „Ballastexistenzen“ ab Oktober 1939 den Mordaktionen im Rahmen der „Euthanasie“ zum Opfer.

Die NSV gliederte sich als angeschlossener Verband der NSDAP in Gau-, Kreis- und Ortsgruppenverwaltungen, Zellen und Blöcke. Gelenkt wurde sie vom Hauptamt für Volkswohlfahrt in der Reichsleitung der NSDAP.

Dank der Einkünfte des Winterhilfswerks, Mitgliedsbeiträgen und Spenden sowie der ehrenamtlichen Tätigkeit von über einer Million Mitarbeitern verfügte die NSV über ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen, um in sämtliche Sozialbereiche vorzudringen und kirchliche Einrichtungen und Verbände zurückzudrängen.

Mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 2 (Auflösung und Liquidierung der Naziorganisationen) vom 10. Oktober 1945 wurde die Organisation durch den Alliierten Kontrollrat verboten und ihr Eigentum beschlagnahmt.

*Quelle: Deutsches historisches Museum Berlin, zit. nach*

*[www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/ns-organisationen/volkswohlfahrt.html](http://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/ns-organisationen/volkswohlfahrt.html)*



## **7. Dr. Meckes Mitgliedschaft im Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebund (NSD)**

Am 28. August 1935 beantragt Dr. Mecke die Mitgliedschaft im NSD und wird als Anwärter geführt. Am 10. Dezember 1938 wird er als Mitglied aufgenommen.

### **NSD-Ärztebund**

Der Nationalsozialistische Deutsche Ärztebund (NSDÄB, auch: NSD-Ärztebund und NS-Ärztebund) war die Ärzteorganisation und neben SA und SS auch dritte Kampforganisation der NSDAP.

Der NSDÄB wurde beim NSDAP-Reichsparteitag am 3. August 1929 gegründet. Er begriff sich nicht als Standesvertretung, sondern als Kampforganisation. Als solche entwickelte er die wesentlichen „wissenschaftlichen“ Grundlagen der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik, die in der rassenhygienischen „Vernichtung unwerten Lebens“ gipfelte.

Der NSDÄB folgte in seiner organisatorischen Gliederung der Struktur der NSDAP. Seit 1932 war Gerhard Wagner Führer des NSDÄB, 1934 erhielt er den Titel des Reichsärztesführers. Er setzte 1935 die rigorose Gleichschaltung der Ärztevereinigungen durch und wirkte am Entwurf der Nürnberger Gesetze mit. Nach Wagners plötzlichem Tod 1939 im Alter von 50 Jahren übernahm Leonardo Conti seine Position.

Der NSDÄB stellte am 13. Oktober 1942 für die Dauer des Krieges seine Tätigkeit ein, er hatte damals rund 46.000 Mitglieder. Mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 2 (Auflösung und Liquidierung der Naziorganisationen) vom 10. Oktober 1945 wurde der NSDÄB durch den Alliierten Kontrollrat verboten und sein Eigentum beschlagnahmt. Conti, der für seine Beteiligung an der nationalsozialistischen Aktion T4 in den Nürnberger Prozessen zur Rechenschaft gezogen werden sollte, erhängte sich im Oktober 1945 in seiner Gefängniszelle.

*Quelle: Wikipedia.*

## **8. Dr. Meckes Mitgliedschaft und Geschäftsführertätigkeit im Kreisamt für Volksgesundheit**

Dr. Mecke ist ab dem 27.03.1936 Mitglied des Amtes für Volksgesundheit, ab Oktober 1944 ist er Geschäftsführer des Kreisamtes für Volksgesundheit Rotenburg.

Im ersten Entnazifizierungsverfahren gibt es dazu an, dass er mit der Führung der Geschäfte beauftragt worden sei und sich dem nicht habe entziehen können. In dieser Eigenschaft habe er lediglich einmal eine Auskunft betr. der Entlassung von Ost-Flüchtlings gegeben und medizinische Untersuchungen durchgeführt. Diese Angaben konnten bislang nicht überprüft werden.

*Quelle: Akte 19140 des Nds. Landesarchivs Stade.*

### **Amt für Volksgesundheit**

Das Amt für Volksgesundheit war eine der NSDAP zugehörige Organisation, die die Umsetzung der NS-Rassenlehre und Erbbiologie auf Gau- und Kreisebene zur Aufgabe hatte. Eingeführt wurden die Ämter Ende 1934 auf Kreis- und Gauebene.

Ihre Aufgabe war die rassistische und erbbiologische Erfassung der Mitglieder verschiedener NS-Organisationen sowie der Bevölkerung im jeweiligen Zuständigkeitsbereich. Zielsetzung der Ämter war die „rassistische Reinhaltung“ und Aufwertung des „Volkskörpers“. Das Amt für Volksgesundheit war ein parteieigener Konkurrent der staatlichen Gesundheitsämter. Darüber hinaus führten die Ämter Schulungskurse für Mitglieder der Partei und ihrer Organisationen durch.

*Quelle: Hessisches Institut für Landesgeschichten, zit. nach /www.lagis-hessen.de/de/glossary/lookup/lemma/Amt+f%C3%BCr+Volksgesundheit/sn/nstopo*

## **9. Dr. Meckes Tätigkeit als Leitender Volkssturm-Arzt für den Kreis Rotenburg**

Hierzu gibt Dr. Mecke im zweiten Entnazifizierungsverfahren an, dass er zahlreiche ärztliche Untersuchungen für den Volkssturm durchgeführt habe und diese Tätigkeit „recht mühsam“ gewesen sei. Die genaue Art der Tätigkeit wird nicht genannt, in Frage kommen vor allem die Tauglichkeitsuntersuchungen. Aus der Literatur ist bekannt, dass nahezu alle Männer der betreffenden Altersklasse als volkssturmtauglich galten, sofern sie sich auf ihren Beinen fortbewegen konnten.

*Quelle: Akte 19140 des Nds. Landesarchivs Stade.*

### **Volkssturm**

Auf Adolf Hitler vereidigt und propagandistisch als entscheidende Reserve gegen die vorrückenden Alliierten aufgewertet, zogen die zumeist jugendlichen Hitlerjungen und älteren Männer notdürftig bewaffnet und schlecht ausgebildet in einen ungleichen Kampf gegen einen überlegenen Gegner. Die Funktionalität ihrer Karabiner und Maschinengewehre mussten sie zumeist erst in Schnellkursen erlernen. Zu den Standardwaffen gehörte auch die Panzerfaust: Sie war leicht zu bedienen, hatte eine hohe Durchschlagskraft und war aufgrund des geringen Gewichtes auch von Frauen und Jugendlichen einfach zu transportieren. Propagandaformeln wie die vom angeblich überaus erfolgreichen Einsatz der „Wunderwaffen“ V-1 und V-2, aber auch gezielte Falschmeldungen über vorgeblich neu verfügbare Truppen der Wehrmacht konnten nicht über die Sinnlosigkeit der Kämpfe und die bevorstehende deutsche Niederlage im Zweiten Weltkrieg hinwegtäuschen. Der militärische Wert der schlecht ausgerüsteten „Volkssturm“-Verbände war daher gering. Bei Feindberührung lösten sich einige Einheiten auf oder ergaben sich. Oft genug kämpften sie jedoch insbesondere im Osten mit dem Mut der Verzweiflung. Die jahrelange Hasskampagne gegen die „bolschewistischen Untermenschen“ und das grausige Wüten der deutschen Besatzer im Osten nährten eine panische Angst vor der Rache der Roten Armee. So verteidigten 15.000 Angehörige des Volkssturms zusammen mit versprengten Wehrmachtseinheiten verbissen das von der Roten Armee eingeschlossene Breslau (heute: Wroclaw; Polen) über Monate hinweg bis Mai 1945. Insgesamt hatte der „Volkssturm“ bei seinen Einsätzen mit Zehntausenden Gefallenen einen hohen Blutzoll zu entrichten.

*Quelle: Deutsches Historisches Museum Berlin, zitiert nach:*

*<https://www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zweite-weltkrieg/kriegsverlauf/volkssturm.html>*

### **Einberufung und Tauglichkeit im Volkssturm**

Bei der durch von den NSDAP-Kreisleitern bestimmten Ärzten vorgenommenen Musterungen wurde nach dem Grundsatz „Zum I. und II. Aufgebot ist jeder tauglich, der Waffen tragen und gebrauchen sowie kleinere Märsche ausführen kann.“ verfahren. Selbst Kranke und Körperbehinderte wurden einberufen, soweit sie noch Wach- und Sicherungsdienste verrichten konnten.

*Quelle: [www.unz.de/aktuell/thema/detail/70-jahrestag-der-befreiung-volkssturm-das-letzte-aufgebot-der-nazis/](http://www.unz.de/aktuell/thema/detail/70-jahrestag-der-befreiung-volkssturm-das-letzte-aufgebot-der-nazis/)*

## **10. Die beiden Entnazifizierungsverfahren**

1947 wird durch die britische Militärregierung das erste Entnazifizierungsverfahren von Dr. Mecke angestoßen.

Im November 1948 wird ein zweites Verfahren durchgeführt. Es ist unklar, was der Anlass für dieses zweite Verfahren gewesen ist, dessen Ausgang für Dr. Mecke weitaus positiver ausfällt.

*Quellen für diesen Abschnitt:*

*Akten im Niedersächsischen Landesarchiv Stade:*

*Rep. 275 II Nr. 13739 mit einem enthaltenen Bescheid vom 11. November 1947 (1. Verfahren)*

*Rep. 275 I Nr. 19140 mit einem enthaltenen Bescheid vom 23.1.1949 (2. Verfahren  
Kopien beider Akten liegen im Mutterhaus vor.*

### **10.1 Das erste Entnazifizierungsverfahren**

Wesentliche Unterlagen sind ein von Dr. Mecke ausgefüllter Fragebogen über seine Mitgliedschaften in der NSDAP und nationalsozialistischen Organisationen und zwei Stellungnahmen, von Pastor Buhrfeind (Vorsteher des Mutterhauses bis 1942) und dessen Nachfolger Pastor Unger (Vorsteher ab 1942).

Neben den bekannten Mitgliedschaften in SA, NSV, NSD und NSDAP gibt er auf die Frage, ob er Kreisleiter oder Parteibeamter innerhalb eines Kreises gewesen sei, seine Tätigkeit als Geschäftsführer des Kreisamtes für Volksgesundheit an.

Die abschließende Stellungnahme hält fest, dass aus der persönlichen Anhörung „nichts Belastendes hervorging“. Die Zugehörigkeit zur NSDAP und ihren parteinahen Organisationen führt schließlich zur Einstufung in die 2. Kategorie IV (d.h. als Mitläufer ohne Vermögenssperre).

Den Akten sind zwei Leumundszeugnisse der Vorsteher des Mutterhauses beigelegt, von Pastor Buhrfeind (bis 1942) und Pastor Unger (ab 1942).

Unger berichtet, dass Dr. Mecke sein Parteiabzeichen nach seiner Erinnerung nie getragen habe und stets mit dem Mutterhaus gut zusammengearbeitet habe, obwohl ihm die – seiner Meinung nach bestehende – nazikritische Haltung des Hauses bekannt war.

Unger geht sogar so weit zu behaupten, dass die Kreisleitung der NSDAP Dr. Mecke keine Aktivität im Sinne der Partei zugetraut habe und belegt dieses mit einem Beispiel, das bereits damals kaum zu überzeugen vermocht hat. Er lässt damit außerdem unberücksichtigt, dass die Übertragung der Geschäftsführung des Kreisamtes für Volksgesundheit und der Aufgabe des Leitenden Arztes für den Volkssturm im Kreis Rotenburg sicher kein Ausdruck von Misstrauen des NSDAP-Kreisleiters gegenüber Dr. Mecke darstellt.

Auch ein anderes Beispiel, sein Eintreten für eine Kinderstation, in der auch erkrankte Flüchtlingskinder behandelt werden sollten, verfügt nicht über größere Aussagekraft.

Buhrfeind stellt heraus, dass Dr. Mecke sich um Menschen mit Behinderung bemüht habe, was nicht im Sinne der Partei gewesen sei. Seine Haltung gegenüber den Zwangssterilisationen spielt dabei für Buhrfeind, selbst Anhänger der Eugenik, keine Rolle. Buhrfeind schreibt weiter, dass der Parteieintritt von Dr. Mecke im August 1937 im Raum stand. Zu diesem Zeitpunkt war Dr. Mecke bereits Parteimitglied.

Als „Beweis seiner aufrechten und demokratischen Einstellung“ (sic!) nennt Buhrfeind die Tatsache, dass Dr. Mecke sich verweigert habe, den Ehefrauen von Offizieren Medikamente und Kosmetika zu verschreiben.

Die Tätigkeit Dr. Meckes als Leitender Volkssturmarzt findet weder in einem Leumundszeugnis noch in der abschließenden Beurteilung Erwähnung.

## **10.2 Das zweite Entnazifizierungsverfahren**

Die Akte enthält neben den Fragebögen insbesondere eine schriftliche Einlassung vom 23.11.1948 an den Spruchausschuss für besondere Berufsgruppen.

Hierin teilt Dr. Mecke mit, dass er im März 1937 in einem Gespräch mit einem ärztlichen Kollegen gefragt wurde, ob er nicht Mitglied der Partei werden wolle. Er habe dann „teils widerwillig, teils gerne“ die Frage bejaht.

Weiterhin führt Dr. Mecke in das Verfahren zwei Schriftstücke ein, mit denen er seine Distanz gegenüber dem Nationalsozialismus zeigen will. Die Schriftstücke – jeweils eine maschinengeschriebene Seite ohne Briefkopf und Unterschrift – geben an, auf einen Vorgang in der Universität Göttingen im Februar 1934 zu rekurrieren. Zu diesem Zeitpunkt ist Dr. Mecke Mitglied der SA, aber noch nicht der NSDAP.

Im ersten Schriftstück fordert ein Vertreter der Göttinger Ortsgruppe der NSDAP die Mitarbeiter der Medizinischen Klinik in durchaus rüden Worten auf, die Parteiversammlungen der NSDAP zu besuchen. Darauf antworten drei Mediziner, darunter Dr. Mecke, dass sie sich diese Anordnung verbitten, da ihnen nicht bekannt sei, dass sie als Nichtparteimitglieder dazu verpflichtet seien. Falls es doch eine Anordnung zum Besuch der Versammlungen geben sollte, von der sie nichts wüssten, würden sie jedoch selbstverständlich Folge leisten. Die Authentizität der Schriftstücke ist genauso unklar wie die

Frage, weshalb Dr. Mecke sie nicht im ersten Verfahren verwendet hat. Als Nachweis einer Distanz zum Nationalsozialismus scheinen sie indes nur schwerlich geeignet.

Gleichwohl spielen sie im revidierten Urteil der Spruchkammer eine wichtige Rolle. Dr. Mecke wird im zweiten Verfahren in die Kategorie der Entlasteten eingruppiert.

Außerdem findet sich in der Begründung wieder die Behauptung, Dr. Mecke habe sich nach eigenen Aussagen in Rotenburg der Aufforderung zum Eintritt in die Partei nicht entziehen können. In Wahrheit hatte er seinen Aufnahmeantrag bereits zuvor gestellt.

### **Das System der Entnazifizierung**

Als Entnazifizierung (zeitgenössisch und veraltet auch Entnazisierung, Denazifizierung oder Denazifikation) wird die ab Juli 1945 umgesetzte Politik der Vier Mächte bezeichnet, die darauf abzielte, die deutsche und österreichische Gesellschaft, Kultur, Presse, Ökonomie, Justiz und Politik von allen Einflüssen des Nationalsozialismus zu befreien. Deutschland und Österreich sollten umfassend demokratisiert und vom Militarismus befreit werden

Die Entnazifizierung unterschied sich in den Besatzungszonen. Die Briten z. B. agierten gemäßiger als die Amerikaner. Eine Entnazifizierung fand hier nur in sehr begrenztem Umfang statt und konzentrierte sich hauptsächlich auf die schnelle Auswechslung der Eliten. Die Briten arbeiteten mit einem Skalensystem von 1 bis 5. Die Kategorien 3 bis 5 (leichtere Fälle) wurden von deutschen Entnazifizierungsausschüssen (Spruchgerichte) entschieden, die von den Briten 1946 aus Mitgliedern demokratischer Parteien wie der SPD vor Ort gebildet wurden. Die Entscheidungen dieser Ausschüsse wurden im Allgemeinen akzeptiert, da die Kategorien 1 und 2 (schwere Fälle) ohnehin nicht in diesen Gremien behandelt wurden. Bereits in zeitgenössischen Quellen wurde das System der Entnazifizierung als Farce dargestellt, da oftmals engagierte Nationalsozialisten dank der sprichwörtlich gewordenen Persilscheine von aller Verantwortung freigesprochen wurden und nicht alle Mitglieder nationalsozialistischer Organisationen vorgeladen wurden. Dabei darf man nicht den Umfang der Aufgabe verkennen. Hätte man konsequent alle Mitglieder der NS-Vereinigungen angeklagt, deren verbrecherischer Charakter vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg festgestellt worden war, hätte man nach amerikanischen Schätzungen etwa 5 Millionen Verfahren durchführen müssen.

*Quelle: Wikipedia.*

Die sehr begrenzte Bedeutung einer erfolgten Entnazifizierung stellt der Schriftsteller Ralph Giordano in seiner Rede „Hamburg 1945 – und heute?“ dar. Er hielt sie 1995 anlässlich einer bürgerschaftlichen Veranstaltungsreihe zum 50. Jahrestag des Kriegsendes.

*Darin urteilte er über „die Farce der Entnazifizierung, dieser Spruchkammersitzungen der Jahre 1946 bis 1952! Da saß oder stand er nun, der Parteigenosse von gestern, demütig geschrumpft auf die Hälfte seines gerade verblichenen Herrenmenschentums, in Würstchenpose, die politische Harmlosigkeit in Person, ein winziges Rädchen jenes Systems, zu deren Aufhellung er nicht das mindeste beitragen konnte. Wie alle anderen vor ihm und nach ihm, wollte auch er Hitler nie zugejubelt haben, und im Übrigen könne er nachweisen, daß er jüdische Freunde gehabt habe ... Es war ein Schauspiel zum Gotterbarmen! Aber ich gestehe, dass ich den ‚Kleinen‘ gegenüber Gefühle von Mitleid, spontaner Zuwendung, Suche nach Milderungsgründen und glimpflichem Ausgang nicht unterdrücken konnte.*

*Das schlug jedoch in Entsetzen um, als immer deutlicher, immer offener der Makrokosmos sichtbar wurde, in den auch die Entnazifizierung gehörte, und von dem die politische Kultur der Deutschen bis heute auf spürbare Weise geprägt wird: eine nahezu kollektive Verdrängung der Nazizeit, mit den Folgen einer bis auf Ausnahmen kollektiven Entstrafung der Täter.“<sup>5</sup>*

### **C. Empfehlung der Arbeitsgruppe**

Damit sich ein(e) frühere(r) Mitbürger\*in der Stadt Rotenburg als Namensgeber\*in für eine Straße, einen Weg, einen Platz oder ein öffentliches Gebäude qualifizieren kann, sollte es einer herausragenden historischen, kommunalen, beruflichen oder sozialen Bedeutung bedürfen. Genau diese Kriterien treffen auf Dr. Walter Mecke nicht zu: Weder stehen eine historische noch eine herausragende medizinische Leistung zur Diskussion. Auch eine erinnerungswürdige kommunale Bedeutung ist nicht erkennbar: Über die Anregung zum Bau des später nach ihm benannten Dammes hinaus sind keine Impulse für öffentliche Anliegen Rotenburgs bekannt. Dementsprechend hat Dr. Walter Mecke keine Spuren in der Stadt hinterlassen, die eine Würdigung rechtfertigen.

Bei der kritischen Bewertung aller Dokumente, die Gegenstand der beiden Entnazifizierungsverfahren waren, lassen sich keine Argumente finden, die das Bild eines opportunistischen Mitläufers (wenn nicht sogar Anhängers) des Nationalsozialismus in Frage stellen. Für die Arbeitsgruppe ist Fakt, dass er durch seine Mitgliedschaften und ärztlichen Tätigkeiten das Funktionieren des NS-Staates unterstützt hat. Daher kann Dr. Walter Mecke keine gesellschaftliche Vorbildfunktion zuerkannt werden, auf deren Grundlage ein öffentliches Gedenken angemessen wäre.

Dass eine Verstrickung in Verbrechen in der NS-Zeit nicht zwangsläufig zu einer Umbenennung von Gebäuden oder Straßen führen muss, lässt sich am Fall des langjährigen Vorstehers der damaligen Rotenburger Anstalten und des Diakonissen-Mutterhauses Johannes Buhrfeind zeigen: Buhrfeind war selbst in keiner NS-Organisation Mitglied und hatte einen wesentlichen Anteil am Aufbau und der Entwicklung der Rotenburger diakonischen Einrichtungen, dadurch erlangte er eine regionale historische Bedeutung. Seine Mitwirkung an den Zwangssterilisationen und bei der T4-Aktion ist kritisch aufgearbeitet worden. Somit findet durch Publikationen, durch eine Dauerausstellung und mit Hilfe von Stolpersteinen eine Korrektur der öffentlichen Wahrnehmung Johannes Buhrfeinds statt und lädt zur Auseinandersetzung ein.

Zusammenfassend gibt es nach Einschätzung der Arbeitsgruppe keine Gründe, Dr. Walter Mecke in Rotenburg durch eine Straßenbenennung öffentlich zu ehren. Allein die Anregung

---

<sup>5</sup> Die Rede wurde veröffentlicht in: Bürgerschaftliche Veranstaltungsreihe zum 50. Jahrestag des Kriegsendes: Hamburg 1945: Zerstört. Befreit. Hoffnungsvoll? Dokumentation des Vortrages von Ralf Dahrendorf, Margarete Mitscherlich und Ralph Giordano. Herausgegeben von der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 1995, S. 57 ff.

zur Befestigung des Dammes, von dem er selbst profitiert hat, kann keine hinreichende Begründung darstellen.

Besonders fragwürdig erscheint die Benennung gerade dieses Weges, weil er unmittelbar an den ehemaligen Wohnorten von Menschen vorbeiführt, die unter dem NS-Regime und seinen Helfershelfern durch die Zwangssterilisationen gelitten haben und durch die T4-Aktionen ermordet worden sind. Da der Arzt Dr. Mecke mit hoher Wahrscheinlichkeit daran mitgewirkt hat, plädiert die Arbeitsgruppe eindeutig für eine Umbenennung des Dammes.

Rotenburg, 7. Dezember 2023

Gez.

Sabine Ulrich, Geschäftsführerin der Rotenburger Werke der Inneren Mission gGmbH

Lars Wißmann, Theologischer Direktor des AGAPLESION Diakonieklinikum Rotenburg gGmbH

Matthias Richter, Vorstand Ev.-luth. Diakonissen-Mutterhaus Rotenburg (Wümme) e.V.

Prof. Dr. Inge Hansen-Schaberg, Vorsitzende des Fördervereins Cohn-Scheune e.V.

Prof. Dr. Michael Schulte, ehemaliger Ärztlicher Direktor des AGAPLESION Diakonieklinikum Rotenburg gGmbH

Bernadette Nadermann, 1. Stadträtin der Stadt Rotenburg (Wümme)

Torsten Oestmann, Bürgermeister der Stadt Rotenburg (Wümme)